Partei des Fortschritts

PDF

Grundsatzprogramm

Stand 21.03.26

zuletzt geändert am 21.03.26 (21. Bundesparteitag)

Inhaltsverzeichnis

1 Präambel....3
2 Menschenbild und Grundwerte....5
3 Gesellschaftsbild....6
4 Kultur....6
5 Geltungsanspruch, Unabhängigkeit & Transparenz....7
6 Zivilgesellschaft & Politik als Berufung....8
7 Modernisierung unserer Demokratie....9
8 Lobbyismus und Korruption....10
9 Digitalisierung & Datenschutz....11
9.1 Infrastruktur....11
9.2 Freiheit des Netzes....12
9.3 Innovation staatlicher digitaler Prozesse....12
9.4 Förderung der IT-und Datenkompetenz....12
10 Europapolitik....13
11 Innere Sicherheit....14
12 Sozialpolitik und Arbeitsmarkt....15
13 Bildung und Forschung....17
14 Verkehr und Mobilität....18
14.1. Resiliente Infrastruktur und betriebliche Verlässlichkeit....18
14.2. Kritische Infrastruktur und technologische Souveränität....19
14.3. Struktur, Organisation und Systemverantwortung....20
14.4. Nachhaltigkeit, Verkehrsvermeidung und Klimaverantwortung....20
14.5. Mobilität als wirtschaftlicher Standortfaktor....20
14.6. Umsetzungskraft und Planungsbeschleunigung....21
14.7. Sicherheit im Verkehrssystem und im öffentlichen Raum....21
14.8. Nutzerfreundlichkeit und digitale Zugänglichkeit....22
14.9. Innovation und Zukunftstechnologien....22
14.10. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabe....22
15 Umweltpolitik und Landwirtschaft....23
16 Ressourcen und Energiepolitik....24
17 Gesundheits- und Drogenpolitik....25
17.1 Drogenpolitik....26
18 Integrationspolitik....27
19 Geopolitik....28
20 Wirtschaft, Finanzen und Steuern....29
21 Fortschritt durch Basisdemokratie....30

Grundsatzprogramm der PdF

1 Präambel

Die Partei des Fortschritts setzt sich für eine neue Art der Politik ein. Die Möglichkeiten des 21. Jahrhundert wollen wir nutzen, um der Bevölkerung eine nachhaltige und selbst bestimmte Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen. Dabei ist eine Reihe von Prinzipien von zentraler Bedeutung:

(I) Teilhabe:

Wir setzen uns für eine partizipatorische Demokratie ein, in der jeder – unabhängig von einer Parteimitgliedschaft – aktiv an der politischen Gestaltung mitwirken kann. Wir lehnen die Dominanz Weniger, sei es in der Politik oder der Wirtschaft, entschieden ab. Unser Ziel ist es, die begrenzte Einflussnahme bei Wahlen in eine kontinuierliche und gestaltende Kraft der Bevölkerung zu verwandeln. Durch den Einsatz digitaler Technologien erleichtern wir den Zugang zu politischen Prozessen und senken somit die Beteiligungsschwelle. Basisdemokratische Elemente in unserer Partei ermöglichen es den politisch Interessierten unmittelbar an der politischen Willensbildung teilzuhaben.

(II) Gemeinschaft:

Unsere Politik ist auf das Gemeinwohl ausgerichtet, ohne einzelne Interessensgruppen zu bevorzugen. Vorurteilsfrei und ideologiefrei fördern wir ein Miteinander das den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stärkt. Wir verstehen uns dabei als Brückenbauer. Klare demokratische Spielregeln bilden die Grundlage für diesen Dialog.

(III) Ideen:

Pragmatismus steht für uns an erster Stelle. Als agile Partei sind wir stets auf der Suche nach Ideen, die unser Leben verbessern. Wir sind offen für Veränderungen und scheuen uns nicht vor innovativen Lösungen. Dabei reflektieren wir den Status quo stets kritisch und lehnen es ab, an veralteten Ansätzen festzuhalten, wenn diese den Fortschritt behindern.

(IV) Wissen:

Bei der Entwicklung unserer Inhalte stützen wir uns auf anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse sowie auf die Perspektiven der Bevölkerung – insbesondere jene, die von einem Thema betroffen sind und von Fachleuten. Durch die Verbindung dieser Elemente in einem Prozess, der nicht durch vorgegebene Sichtweisen verzerrt wird, entstehen fundierte Positionen. Wir sehen Bildung als Grundlage dieses Prozesses und informierter Entscheidungen im Allgemeinen. Die politische Bildung ist dabei Kernaufgabe der Parteiarbeit.

(V) Grundwerte:

Wir bekennen uns ausdrücklich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und setzen uns aktiv für deren Erhalt und Stärkung ein. Fortschritt, Transparenz, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns nicht nur Schlagworte, sondern zentrale Leitprinzipien, die unser politisches Handeln prägen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie der entschlossene Widerstand gegen jegliche Form von spaltendem Populismus und Radikalisierung bilden das Herzstück unseres Engagements. Unser Grundsatzprogramm dient als sich stetig weiterentwickelnder Kompass, der unsere Grundwerte in jeder Entscheidung und Handlung widerspiegelt.

Wir wollen der breiten Bevölkerung die Möglichkeit geben Probleme in der Politik zu benennen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Die Umsetzung dieser Lösungen ist der Fortschritt für den wir als Partei eintreten.

2 Menschenbild und Grundwerte

Alle Menschen sind frei und gleich geschaffen und alle haben das Recht auf die individuelle Verwirklichung des persönlichen Glücks. Alle Menschen können ihre Philosophie, ihre Weltanschauung oder ihren Glauben frei wählen und ihr Leben danach richten. Die Freiheit der Einzelnen ist nur begrenzt durch die Freiheit der anderen. Gleichzeitig verpflichtet die Gemeinschaft alle Individuen zu Solidarität und Kooperation.

Die PdF bekennt sich ausdrücklich zum Grundgesetz und der, dadurch implementierten verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt nicht nur abstrakt im Hinblick auf den Staat, sondern entspricht auch unserem Selbstverständnis. Wir sind überzeugt, dass in einer multipolaren und diversen Welt wie unserer die Demokratie die einzige Lösung ist, um gegensätzliche Interessen und Ideologien innerhalb der Gesellschaft in Einklang zu bringen. Das Grundgesetz hat als Verfassung Deutschlands die demokratischste und freiheitlichste Ordnung geschaffen, die es je in diesem Land gegeben hat. Diese Ordnung gilt es in Wort, Schrift und Tat zu wahren und zu schützen. Es gilt allen entgegenzutreten, die sie zu beseitigen oder beeinträchtigen versuchen.

Wir sind als Partei überzeugt von einem fairen politischen Wettstreit der Ideen, wie ihn unsere Verfassung vorsieht. Wir sind ebenso überzeugt von den Grundrechten und deren Geltung. Jedes Grundrecht muss stets und überall in seinem Wesensgehalt geschützt und respektiert werden, genauso kann aber jedes Grundrecht bei Vorliegen vernünftiger und verhältnismäßiger Gründe berechtigterweise eingeschränkt werden. Dies gilt für alle, mit Ausnahme der Menschenwürde aus Artikel 1 des Grundgesetzes, welche stets uneingeschränkt zu achten ist und Staat und Politik einen Handlungsauftrag stellt: Das Erfordernis, politische Entscheidungen so zu treffen, dass den Menschen in Deutschland ein würdiges Dasein zuteilwerden kann.

3 Gesellschaftsbild

Die PdF glaubt an eine freie, sichere und demokratische Gesellschaft. Der Staat muss den Menschen dienen, nicht die Menschen dem Staat. Die Gesellschaft als Ganzes muss den Ausgleich suchen zwischen der persönlichen Freiheit des Individuums und den Interessen aller. Keines von beidem darf als Rechtfertigung dienen, das andere völlig auszuschließen. Solidarität und Mitgefühl verpflichten die Gesellschaft, ihre Schwächsten nicht allein zu lassen. Menschen, die Schutz benötigen, müssen diesen erhalten. Wer hart und ehrlich arbeitet, soll die Früchte seiner Arbeit auch genießen dürfen. Die Gesellschaft darf Einzelnen nicht Werte aufzwingen, sondern hat sicherzustellen, dass alle Menschen ihre persönlichen Werte in Frieden ausleben können.

Nur wenn wir als Gesellschaft jegliche unterschiedliche Behandlung von Geschlechtern, Weltanschauungen, Kulturen oder anderer sozial-normativer Merkmale überwinden, ist eine individuelle Entfaltung aller Mitglieder eben jener Gesellschaft möglich. Die Würde des Menschen ist unantastbar und Gerechtigkeit ein Garant dafür. Jeder Mensch muss die gleichen Teilnahme- und Zugangsmöglichkeiten im Hinblick auf alle Leistungen und Angebote des Staates haben. Eine gleichwertige Mitwirkung an der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ist zu gewährleisten. Statt auf Unterschiede zu blicken, ist es die Aufgabe der Politik, Gemeinsamkeiten zu fördern.

4 Kultur

Kultur ist Ausdruck der gesammelten Riten und Werte der Gesellschaft sowie der geistigen Betätigung des Individuums. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass sich die kulturelle Energie aller Menschen frei entfalten kann, sodass sie ihre Kultur pflegen und weiterentwickeln können. Kunst, Musik, Literatur, Philosophie und alle weiteren Formen kultureller Betätigung tragen aktiv zu einer besseren Gesellschaft bei. Die PdF setzt sich daher für eine Kulturpolitik ein, die diese Werte ideell und finanziell fördert. Wie auf kontinentaler und globaler Ebene können auch in Deutschland alle verschiedenen Kulturen

koexistieren und gedeihen. Ausgleich und Toleranz müssen hier oberstes Ziel allen staatlichen Handelns sein.

5 Geltungsanspruch, Unabhängigkeit & Transparenz

Die PdF bietet allen Menschen in Deutschland eine Möglichkeit, ihre politischen Überzeugungen demokratisch und pragmatisch zu formulieren und umzusetzen. Sie ist eine Partei, die sich zugleich als Bewegung versteht, deren Bestreben es ist, die Kluft zwischen Bevölkerung und Staat zu schließen und die allgemeine Politikverdrossenheit in Begeisterung für die Demokratie umzuwandeln. Die PdF wird eine Partei für alle Menschen sein, unabhängig von ihrer sozialen Zugehörigkeit. Der Grundstein ihrer Politik soll nicht Ideologie, sondern jene Ideen sein, die Fortschritt für die gesamte Gesellschaft fördern. Die Partei versteht sich als direktdemokratisches Instrument der Bevölkerung.

Alle können innerhalb der PdF mitbestimmen, mitarbeiten und haben darüber hinaus die Möglichkeit, Themen in die Partei einzubringen. Diese werden gemeinsam mit den Mitgliedern ausgearbeitet. Individuen und Gruppen können die Bearbeitung eines Themas beschleunigen, indem sie sich aktiv am oben genannten Entscheidungsprozess und der Erstellung von Entscheidungsgrundlagen beteiligen. Die Entscheidungsfindung der Ausschüsse und Parteiparlamente verläuft zum Großteil im Internet. Dadurch schaffen wir größere Transparenz, die Möglichkeit, trotz abgelegenen Wohnortes politisch aktiv zu sein, und schnelle Reaktionszeiten. Die negativen Auswirkungen des Lobbyismus werden dadurch weitgehend reduziert.

Wir, als PdF begreifen uns als ideologiefrei, was insbesondere bedeutet, dass wir eine Einordnung nach dem klassischen Rechts-, Links-, Mitte-Schema ablehnen. Nichtsdestotrotz sehen wir, dass anhand des klassischen Rechts-, Links-, Mitte-Schemas die Demokratiefreundlichkeit einer Partei oder politischen Bewegung gemessen werden kann. Von der freiheitlich demokratischen Grundordnung tief überzeugt, stellen wir uns daher auf dieser Basis jeglichen demokratiefeindlichen Parteien, Organisationen und Bewegungen, beispielsweise faschistischen oder kommunistischen, entgegen.

Ebenso distanzieren wir uns von Parteien, Organisationen und Bewegungen, deren Ideologie den Grundwerten unserer Verfassung oder dem Wertegerüst der Grundrechte widerspricht. Wir lehnen daher jegliche Zusammenarbeit mit solchen Parteien, Organisationen oder Bewegungen ab. Wir sind bereit, mit allen Menschen, unabhängig von ihrem politischen Lager, in den Dialog zu treten. Dies setzt allerdings voraus, dass die demokratischen Spielregeln eingehalten und als eigene Überzeugung verinnerlicht werden.

Wir, von der PdF sind eine Partei der organisierten Basisdemokratie. Das bedeutet, dass unsere Partei bewusst auf sogenannte „Flügel“ verzichtet. Wir mögen in unserer Partei unterschiedlichste Ansichten, Strömungen und Einstellungen haben, die sich verbinden und gemeinsam für ihre Überzeugungen eintreten. Jedoch ist genau das die Idee unserer parlamentarischen Basisdemokratie: Es ist innerhalb der PdF nicht entscheidend, welche konkrete Einstellung jemand hat. Wichtig ist die Akzeptanz und Ausübung unseres parteiinternen demokratischen parlamentarischen Prozesses in Form unserer Parteiparlamente. Die innerhalb der Parteiparlamente auftretenden verschiedenen Meinungspole können so als konstruktive Lösungsvorschläge vereinbart werden. Das bedeutet für die Bevölkerung, dass sie von uns als Partei erwarten können, dass wir uns nicht in öffentlichen Flügelkämpfen gegenseitig in den Schmutz ziehen. Wir werden unsere Differenzen durch unsere Methode parteiinterner parlamentarischer Demokratie katalysieren und die Ergebnisse daraus geschlossen umsetzen.

Im Hinblick auf den politischen Prozess fordern wir, die Regelungen der Parteifinanzierung dahingehend umzugestalten, dass Parteispenden einerseits transparenter und Parteifinanzen öffentlicher dargestellt werden und andererseits die ideelle Integrität der Spendenden sichergestellt und die Unabhängigkeit der Parteien von deren Interessen gewahrt wird.

6 Zivilgesellschaft & Politik als Berufung

Unsere moderne Gesellschaft ist multipolarer und diverser denn je. Allgemeingültige Werte verlieren zunehmend an Bedeutung. Weder Religion noch Kultur, Erziehung oder Herkunft bieten universell gültige

Moralvorstellungen. Die Menschen sind heutzutage zu unterschiedlich sozialisiert. Die PdF will als Partei eine Brücke schlagen zwischen Politik und Gesellschaft. Sie stellt sich ausdrücklich gegen jede Form des undemokratischen Lobbyismus, gegen Karrierepolitik und Korruption. Institutionen der Zivilgesellschaft wie Bürgervereine, Stiftungen oder Aktionsgruppen müssen in die Formulierung der Politik aktiv eingebunden werden. Nur so kann Politik aus der Perspektive der Menschen gestaltet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Mechanismen etabliert werden, die sicherstellen, dass politische Akteure den gedanklichen Kontakt zum Leben der Bevölkerung, die sie vertreten, nicht verlieren. Die Diäten von Abgeordneten und anderen Mandatspersonen sollten stets im Kontext der Verdienstmöglichkeiten der Allgemeinheit betrachtet werden. Politische Akteure müssen dafür Sorge tragen, vor allem die Positionen ihrer Wählerschaft und Partei zu vertreten, anstatt auf das eigene politische Fortkommen zu schauen.

7 Modernisierung unserer Demokratie

Demokratie hat die Hauptaufgabe, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen dabei zu unterstützen, einen gesellschaftlichen Konsens auszuhandeln. Darüber hinaus bietet die Demokratie eine Absicherung gegen eine Machtübernahme Einzelner, indem sie die staatliche Macht auf mehrere voneinander unabhängigen Schultern verteilt. Zudem setzen wir uns für direktdemokratische Instrumente wie bundesweite Volksabstimmungen ein. Bei der Volksgesetzgebung (Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide) kommt der politische Vorschlag aus der Mitte des Volkes.

In vielen Bundesländern wie Hamburg, Bayern und Berlin sind Volksbegehren bereits etabliert. In anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Sachsen oder Saarland, behindern hohe Unterschriftenhürden mit kurzen Sammelfristen und/oder das Verbot der freien Unterschriftensammlung diese. Die PdF wird sich auf Landesebene dafür einsetzen, die Bedingungen für Volksbegehren zu

verbessern, sodass die Bevölkerung dieser Bundesländer ebenfalls die Möglichkeit hat, dieses Instrument zu nutzen.

8 Lobbyismus und Korruption

Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungen über die Wahl hinaus ist wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Lobbyismus ist ein Werkzeug der Bevölkerung, um das zu tun. Er darf kein Mittel sein, mit dem Unternehmen die Gesetzgebung zum Nachteil der Bevölkerung oder des Staates beeinflussen. Die Möglichkeiten für die Einführung oder Änderungen von Gesetzen und Gesetzesvorhaben zu lobbyieren müssen gewissen Prinzipien unterliegen, damit Einzelne diese nicht zum Nachteil der Allgemeinheit korrumpieren können.

Nachvollziehbarkeit der Gesetze und ihrer Entstehung ist unabdingbar für die Legitimität der Demokratie. Dinge wie eine informierte Wahlentscheidung oder Oppositionsarbeit sind nur möglich, wenn transparent ist, welche Abwägungen bei der Erstellung von Gesetzen eine Rolle gespielt haben. Deshalb muss jede Einflussnahme und alles, was in die Entstehung eines Gesetzes fließt, grundsätzlich öffentlich sein. Ausnahmen dürfen nur von Gerichten genehmigt werden. Auch müssen die Wege, über die Gesetzesvorhaben beeinflusst werden können, klar definiert sein und andere nicht offizielle Wege verboten werden.

Sachlichkeit bei der Erstellung von Gesetzen ist die Voraussetzung dafür, dass Gesetze ihren Zweck erfüllen und der Allgemeinheit zugutekommen. Damit gewählte Vertreter die ihnen vorliegenden Informationen neutral bewerten können, dürfen nicht Teile der Informationen von Menschen kommen, die ihnen zu nahestehen. Die persönliche Vernetzung zwischen Lobbyisten und Politikern muss daher so gering wie möglich gehalten werden.

Qualität von Gesetzen ist davon abhängig wie gut die Entscheidungsträger bei ihrer Entwicklung informiert waren. Dazu brauchen sie viele und vor allem richtige Informationen. Diese dürfen nicht aus einseitigen Quellen kommen, da diese die Interessen bestimmter Gruppen widerspiegeln. Der

Gesetzgebungsprozess muss also darauf ausgelegt sein, Informationen aus vielfältigen Quellen zu erlangen und diese auch zu überprüfen. Idealerweise erlangt der Staat die meisten Informationen von eigenen Stellen, die nur der Qualität von Gesetzen verpflichtet sind.

Machtverteilung und Gleichberechtigung der Bürger sind zentrale Elemente der Demokratie. Diesen muss auch im Prozess der Gesetzgebung Rechnung getragen werden. Deshalb sind offizielle Kanäle zur Interessenvertretung in der Politik darauf auszulegen das Ungleichgewicht in Ressourcen zwischen Unternehmen, Bürgern und Experten zu negieren. So wird verhindert, dass Geld Einfluss erkauft.

Voraussetzung zur Erfüllung dieser Prinzipien ist die klare personelle und räumliche Trennung von Lobbyismus und Politik.

9 Digitalisierung & Datenschutz

Die Digitalisierung ist der größte zivilisatorische Sprung der Menschheit seit der industriellen Revolution. Die PdF sieht eine umfassende Digitalisierung aller Bereiche der Gesellschaft als Grundvoraussetzung für ihren Fortschritt an. Sie ist essenziell, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir setzen uns daher für ein gesellschaftliches Umdenken ein, das die Chancen der Digitalisierung betont, da die Automatisierung viele Tätigkeiten und Arbeitsplätze erheblich verändern oder sogar überflüssig machen wird. Die Sicherung persönlicher Daten ist Aufgabe des Staates. Er hat weiterhin die Aufgabe, die Anonymität postalischer und digitaler Kommunikation zu ermöglichen.

9.1 Infrastruktur

Die Digitalisierung ist ein immer schneller fortschreitender Prozess, der je nach Umgang eine Bürde oder eine Chance sein kann. Wir, die PdF, sind der Überzeugung, dass der technologische Wandel nur ein Erfolg für unsere Gesellschaft werden kann, wenn die Politik die notwendigen Strukturen schafft. Die PdF fördert die Digitalisierung und setzt sich für ein konsequentes

Umdenken sowie einen zügigen Ausbau der zukunftsrelevanten Infrastruktur ein, damit keiner der Orte einen Wettbewerbsnachteil erleidet.

Ein Zwei-Klassen-Internet führt zu einer Verringerung der Innovationskraft, da innovative Start-ups gegen finanzkräftige Konzerne antreten müssen. Zahlungskräftige Personen werden bevorzugt, wodurch Chancengleichheit unmöglich wird. Wir setzen uns daher für ein neutrales Internet ein und lehnen ein Zwei-Klassen-Internet ab.

Wir fordern zudem eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung auf allen Ebenen. Dazu gehört nicht nur die Implementierung geeigneter technischer Systeme, um behördliche Vorgänge digital zu kommunizieren, sondern auch, dass es der Bevölkerung ermöglicht wird, maßgebliche Behördengänge online zu erledigen.

9.2 Freiheit des Netzes

Die PdF setzt sich für das Internet als einen Raum freier und kreativer Gestaltung ein. Politisch oder wirtschaftlich motivierte Zensur in Form von Upload-Filtern lehnen wir daher ab. Es muss allen möglich sein, unter fairer Nutzung bestehender Inhalte ihrer Kreativität, politischen Überzeugungen oder wirtschaftlichen Konzepten frei Ausdruck zu verleihen.

9.3 Innovation staatlicher digitaler Prozesse

Staatliche Stellen sollten nicht nur kostengünstige, sondern auch innovative digitale Lösungen im Einklang mit der technischen Entwicklung anwenden. Insbesondere sollten gemeinsame europäische Ansätze gefördert und weiterentwickelt werden.

9.4 Förderung der IT-und Datenkompetenz

Datenschutz und Medienkompetenz haben in unserer heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Es ist sehr wichtig, dass die Schülerschaft einen sicheren Umgang damit erlernt. Kinder sollten im angemessenen Alter die Vorzüge und Risiken dieser Systeme verstehen lernen, um auftretende Probleme systematisch einordnen und begegnen zu können. Die technischen

Kenntnisse sollten so vermittelt werden, dass es möglich ist, darauf aufbauend vertiefende Kenntnisse des Bereichs Informationstechnik zu erwerben.

10 Europapolitik

Die PdF bekennt sich ausdrücklich zur europäischen Wertegemeinschaft, dem europäischen Binnenmarkt und der supranationalen europäischen Integration. Ebenso froh, wie wir sind, in Deutschland zu leben, sind wir auch, in Europa zu leben. Die Europäische Union als Institution dieses kontinentalen Zusammenwachsens ist ein historisch einzigartiges Projekt, welches eine bisher nie dagewesene Phase von Frieden, Freiheit und Wohlstand für unseren Kontinent gebracht hat. Mag sie ihre Schwächen haben, die es in der Tat zu beheben gilt, hat unser Land genauso wie alle anderen Mitgliedstaaten massiv von der Europäischen Union profitiert. Gleichzeitig sichert die Europäische Union in ihren Mitgliedstaaten die Erhaltung und Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Der Nationalstaat als Konstrukt mag derzeit noch die sinnvollste Ordnungseinheit für Gesellschaften sein, er wird jedoch angesichts globaler Herausforderungen mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Wir sind daher fest überzeugt, dass unsere Zukunft und der Fortschritt für unsere Gesellschaft, langfristig auf europäischer Ebene stattfinden wird. Des Weiteren sind wir davon überzeugt, dass es unser Auftrag als Partei ist, an der fortschreitenden europäischen Integration positiv mitzuwirken. Die direkt von der europäischen Bevölkerung gewählten Institutionen sollten maßgeblich die Entscheidungen der EU bestimmen. Außerdem sind wir offen für direktdemokratische Entscheidungen. Bürokratische Vorgänge in EU-Parlament, Kommission und Rat müssen für die europäische Bevölkerung näher rücken und greifbarer gemacht werden. Nur so kann die EU als demokratische Institution ausreichende Legitimität erlangen, um das Vertrauen ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Dieses Vertrauen ist maßgeblich für den langfristigen Erfolg dieses größten supranationalen Projekts in der Geschichte unseres Kontinents. Dazu ist es vor allem auch notwendig, eine ausreichende politische Bildung im Hinblick auf die EU zu gewährleisten. Schließlich müssen Transparenzmechanismen bezüglich der Verfahren der Union sowie hinsichtlich des Lobbyismus

implementiert werden. Insgesamt sollte sich Deutschland für die Wiederbelebung des Projekts einer gemeinsamen europäischen Verfassung einsetzen. Die PdF setzt sich dafür ein, dass Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union das Projekt der europäischen Integration maßgeblich vorantreibt. Hierzu muss unser Land im Rahmen gemeinsamer europäischer Projekte und Gesetzgebungsvorhaben stets eine Vorreiterrolle einnehmen. Rein nationale Interessen müssen verhältnismäßig zurückstehen, wenn das europäische Projekt als Ganzes gefördert wird. Kommt es zu Situationen, in denen sich nicht die gesamte Union auf gemeinsame Schritte einigen kann, politischer Fortschritt aber notwendig ist, müssen wir gemeinsam mit anderen zum Handeln motivierten Mitgliedstaaten das Instrument der Enhanced Cooperation nutzen. Der europäische Binnenmarkt soll auf Basis der wirtschaftlichen und personellen Freizügigkeit der Bevölkerung weiter ausgebaut und als gemeinsamer Wirtschaftsraum durch kollektive Regulierungen und Standards weiter gestärkt werden. Weiterhin fordern wir den Ausbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus sind eigene europäische Sicherheits- und Strafvollzugsbehörden letztlich unabdingbar. Im Hinblick auf die gemeinsame Verteidigung können nur gemeinsame europäische Streitkräfte eine Perspektive sein. Dies bedeutet nicht die Abschaffung nationaler Streitkräfte. Vielmehr sollte eine zusätzliche kollektive Ebene militärischen Handelns vorrangig vor militärischem Handeln einzelner Mitgliedstaaten implementiert werden.

11 Innere Sicherheit

Eine sichere Gesellschaft ist Voraussetzung für die Verwirklichung der Rechte des Individuums. Der Staat ist durch sein Gewaltmonopol nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, seine Bevölkerung und ihre Rechte diskriminierungsfrei zu schützen. Die Polizei muss effektiv, transparent und bürgernah arbeiten. Dazu muss sie entsprechend ausgestattet und geschult sein. Sie ist nicht nur Arm des Gesetzes, sondern muss Freund und Helfer der Bevölkerung bleiben. Wichtigster Ansatzpunkt ist auch hier die Digitalisierung.

Nicht nur müssen polizeiliche Ermittlungsaufgaben auf Basis umfassender technischer und digitaler Ausstattung durchgeführt werden können, auch ist ein härteres Durchgreifen der Sicherheitsbehörden im digitalen Raum unabdingbar. Strafrechtlich relevante Postings, Schwarzhandel im Darknet und verfassungsfeindliche Foren müssen konsequent verfolgt werden. Auch im analogen Raum darf es keine rechtsfreien Räume geben: Weder offen ausgelebte organisierte Kriminalität in Form von Clanstrukturen oder Rocker-Clubs, noch gesellschaftspolitische Parallelwelten wie rechtsterroristische Kameradschaften oder autonome Hausbesetzerszenen können toleriert werden. Schließlich müssen auch Konzepte entwickelt werden, die das Band zwischen Sicherheitsbehörden und Bevölkerung nachhaltig wiederherstellen.

12 Sozialpolitik und Arbeitsmarkt

Die PdF verschreibt sich dem Prinzip des Sozialstaats. Missstände wie Obdachlosigkeit oder Altersarmut können von uns als Gesellschaft nicht toleriert werden. Menschen in Notsituationen müssen durch staatliche Leistungen so lange unterstützt werden, bis sie wieder auf eigenen Beinen stehen und ihren Teil zur Gesellschaft beitragen können. Dabei muss der Staat aber auch sicherstellen, dass die Unterstützung des Sozialsystems nicht ausgenutzt wird, um auf Kosten der Gemeinschaft zu leben. Der Staat soll im sozialen Bereich mit der Zivilgesellschaft und ihren ausgeprägten Strukturen eng zusammenarbeiten. So kann soziale Unterstützung effektiv umgesetzt werden. Der Abbau von Arbeitslosigkeit ist zentrale wirtschaftliche Steuerungsverantwortung des Staates. Programme zur Reintegration, vor allem von Langzeitarbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt, müssen vom Staat selbst konsequent durchgeführt werden. Asylsuchenden und migrierten Personen soll schnellstmöglich die Chance gegeben werden, ihre Arbeitskraft in Deutschland fruchtbar machen zu können. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen durch Information zur mündigen Wahrnehmung ihrer Rechte ermutigt werden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Gründer und Gründerinnen müssen als Grundpfeiler der wirtschaftlichen Leistung des Landes entsprechend honoriert und gerade in Krisenzeiten staatlich unterstützt werden.

Wir fordern zudem eine umfassende Reform des Rentensystems in Deutschland. Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass dieses in jetziger Fassung durch den demografischen Wandel kollabieren wird. Staat und Gesellschaft haben dafür Sorge zu tragen, dass eine verlässliche Altersabsicherung gewährleistet wird. Im Bereich der Arbeitsanreize und der Reintegration in den Arbeitsmarkt gibt es noch Nachbesserungsbedarf. Zusätzlich zu Umschulungen und Fortbildungen sollte der Fokus darin liegen, den Bedarf der Unternehmen mit den Wünschen der Arbeitslosen zu verbinden und eine schnellstmögliche Anstellung nach Verlust der Arbeit zu ermöglichen. Des Weiteren muss die Berechnung der Arbeitslosenzahlen wieder transparent und repräsentativ erfolgen. Hier sehen wir uns als Partei in der Pflicht, amtliche Statistiken oder Berichte von Forschungsinstitutionen o.ä. zu nutzen, um rationale und gemeinwohloptimierende Entscheidungen zu treffen und der Wählerschaft transparente Erklärungen zu bieten. Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen hohen Standard bei den Rechten der Arbeitnehmenden vorzuweisen. Auch in Zeiten der Digitalisierung und der immer schnelllebigeren Arbeitswelt sollen die Rechte und die Sicherheit der Arbeitnehmenden im Vordergrund stehen. Deswegen setzen wir uns für den Erhalt und die Ausweitung von unbefristeten Arbeitsverträgen ein. Gleichzeitig befürworten wir flexible Arbeitszeitmodelle wie Gleit- oder (Alters-)Teilzeit, um den individuellen Bedürfnissen sowohl der Arbeitnehmenden als auch der Unternehmen gerecht zu werden.

Ein weiteres Anliegen ist das Thema Leiharbeit. Trotz hoher arbeitsrechtlicher Standards ist der Niedriglohnsektor ein großes Problem in Deutschland. Wir möchten uns für sinnvolle Befristungen von Leiharbeit einsetzen. Das Prinzip der Leiharbeit hilft Unternehmen, bei kurzfristigen Ausfällen von Mitarbeitenden oder großen Bestellungen schnell zu reagieren. Es wird jedoch oft missbraucht. Leiharbeitende, die Mitarbeitende bei längeren Krankheitsausfällen oder Elternzeit ersetzen, halten wir für sinnvoll, eine dauerhafte Stellenbesetzung durch Leiharbeitende nicht. Die Chancengleichheit in der Arbeitswelt ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Aktuelle Studien belegen, dass Frauen im Schnitt weniger als Männer verdienen. Diese Ungleichheit lässt sich zu einem großen Anteil auf Faktoren wie Ausbildungs- und Berufswahl sowie auf ungleichmäßig verteilte Auszeiten bei Kindererziehung und Pflege von Angehörigen zurückführen.

Erziehungs- und Pflegearbeit müssen mehr honoriert werden und die Sicherheit bei der Rückkehr in das Berufsleben gewährleistet werden. Zusätzlich soll bereits im Schulalter ein stärkerer Fokus auf der Aufklärung bezüglich der Vor- und Nachteile verschiedener Berufsfelder liegen. Auf diese Weise soll von klein auf Chancengleichheit hergestellt werden. Abschließend muss daneben die Gleichstellung aller Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sichergestellt werden. Hierzu muss der Staat die notwendigen Informationen für die Lösung von Problemstellungen abseits des binären Geschlechtermodells erforschen. Die Familie ist die kleinste Untereinheit der Gesellschaft und Grundlage unseres sozialen Gefüges. Die PdF setzt sich für ein pluralistisches Familienbild ein. Nicht die konkrete Zusammensetzung, sondern die Funktion der Familie als soziales und emotionales Grundgerüst, ist entscheidend. Alle Menschen können ihre Liebsten frei wählen und nach eigenen Vorstellungen eine Familie aufbauen. Alle Kinder haben einen unbeschränkten Schutzanspruch gegenüber der Gesellschaft. Erziehung und Pflege sind unveräußerliche Rechte der Verwandtschaft. Sie verpflichtet das Individuum aber auch, Kinder zu wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Jede Beziehung kann ein Kind aufziehen und ihm einen guten Start in das Leben gewährleisten. Wir setzen uns für eine Förderung jeder Form der Partnerschaft, unabhängig von Geschlecht oder Orientierung ein, so der demografischen Herausforderung Deutschlands gerecht zu werden.

13 Bildung und Forschung

Eine gute Bildung ist die wirkungsvollste Investition, die wir als Gesellschaft in die Zukunft machen können. Bildung und der gleiche Zugang zu Bildung sind nicht nur ein Grundrecht aller Menschen, es ermöglicht der Gesellschaft auch, von den individuellen Fähigkeiten des Individuums zu profitieren. In Deutschland ist die Bildung jedoch eine der größten Dauerbaustellen der Politik. Unsere Schulen sind unmodern, schlecht ausgestattet und unterbesetzt. Pädagogik und Lehrpläne basieren oft noch auf veralteten sozialphilosophischen Modellen. Unser Bildungssystem muss abstraktes Denken, fachliches und allgemeines Wissen vermitteln. Es sollten gemeinsame Werte, gesellschaftliche Normen und moralische Konzepte erlernt werden,

welche die Schülerschaft zu positiven Mitgliedern der Gesellschaft formen. Ein namentlich gleicher Abschluss muss im ganzen Land denselben Wert besitzen.

Nur wer beständig in Bildung investiert, wird auch in Zukunft wirtschaftlich und gesellschaftlich gut aufgestellt sein. Forschung erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie ermöglicht uns ein besseres Verständnis der Welt und ist dadurch eine treibende Kraft zur Verbesserung unserer Lebensbedingungen. Um das Potenzial der Forschung optimal nutzen zu können, muss diese auch optimal staatlich gefördert werden – gerade auch die Grundlagenforschung, welche nicht auf sofort verwertbare Ergebnisse abzielt. Unser Bildungssystem muss modern ausgestattet sein, Chancengleichheit gewährleisten, individuelle Talente fördern und auch alternative Bildungswege zulassen. Unsere Lehrkräfte müssen umfangreich, effizient und praxisnah ausgebildet werden.

14 Verkehr und Mobilität

Eine leistungsfähige und verlässliche Infrastruktur bildet das Fundament unserer Gesellschaft und ist zugleich von zentraler strategischer Bedeutung für unser Land und Europa. Sie verbindet Menschen, stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und leistet einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz.

Unser Leitsatz lautet: Mobilität verbindet Europäer, sichert wirtschaftliche Stärke und schützt die natürlichen Lebensgrundlagen.

Mobilität verstehen wir als Teil moderner öffentlicher Daseinsvorsorge und als Voraussetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Verkehrspolitik stellt für uns den Nutzen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft in den Mittelpunkt, nicht einzelne Verkehrsmittel.

14.1. Resiliente Infrastruktur und betriebliche Verlässlichkeit

Dafür braucht es leistungsfähige, krisenfeste und grenzüberschreitend anschlussfähige Verkehrs- und Datennetze. Resilienz und Interoperabilität sind zentrale Leitlinien unserer Verkehrspolitik. Wir setzen auf einheitliche

Standards, offene Schnittstellen und europäische Harmonisierung. Der europäische Verkehrsraum muss weiter zusammenwachsen.Grenzüberschreitende Verbindungen, interoperable Leit- und Sicherungssysteme sowie harmonisierte technische Standards sind Voraussetzung für einen starken Binnenmarkt. Den Ausbau transeuropäischer Netze und eine engere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen wir ausdrücklich.

Wir bekennen uns zur Modernisierung, zum bedarfsgerechten Ausbau und zur nachhaltigen Instandhaltung bestehender Infrastruktur. Der Erhalt und die Modernisierung bestehender Netze haben Vorrang vor symbolträchtigen Einzelprojekten. Infrastruktur muss im Alltag wie in Krisen funktionieren.

Leistungsfähigkeit bedeutet auch betriebliche Robustheit. Infrastruktur ist so zu planen und zu betreiben, dass ausreichende Reserven vorhanden sind, um auf Störungen, Baustellen und unvorhergesehene Ereignisse flexibel reagieren zu können. Effizienz darf nicht zulasten der Systemstabilität gehen. Vorausschauende und koordinierte Baustellenplanung sichert Restkapazitäten und gewährleistet verlässlichen Betrieb auch unter eingeschränkten Bedingungen. Infrastrukturinvestitionen sind für uns langfristige Zukunftsinvestitionen in Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Verantwortung.

14.2. Kritische Infrastruktur und technologische Souveränität

Verkehrs-, Leitungs- und Datennetze sind Teil der kritischen Infrastruktur unseres Landes und Europas. Sie müssen gegen physische wie digitale Gefahren widerstandsfähig ausgestaltet sein und auch unter außergewöhnlichen Belastungen funktionsfähig bleiben. Redundanzen, klare Notfallstrukturen und hohe IT-Sicherheitsstandards sind integraler Bestandteil moderner Verkehrspolitik.

Zur Sicherung kritischer Infrastruktur gehört technologische und industrielle Souveränität.Schlüsseltechnologien in Leit- und Sicherungstechnik, digitalen Steuerungssystemen, Energieinfrastruktur und Fahrzeugbau sollen auf starker europäischer Kompetenz basieren.Strategische Abhängigkeiten bei zentralen

Komponenten unserer Verkehrsnetze wollen wir reduzieren, um langfristige Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

14.3. Struktur, Organisation und Systemverantwortung

Mobilitätssysteme sind als integrierte und leistungsfähige Gesamtsysteme zu organisieren.Institutionelle Veränderungen dürfen bestehende Strukturen nicht schwächen, sondern müssen messbar Effizienz, Interoperabilität und Servicequalität verbessern. Strukturpolitik dient dem funktionalen Nutzen für Fahrgäste, Wirtschaft und das Gesamtverkehrssystem.

Planung, Infrastruktur und Betrieb sind so auszurichten, dass Zuständigkeiten klar definiert,Schnittstellen effizient gestaltet und Systembrüche vermieden werden. Eigentums- und Organisationsformen verstehen wir als funktionale Instrumente zur Sicherung von Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Anschlussfähigkeit. Maßgeblich ist, ob Strukturen messbare Verbesserungen für Nutzerinnen und Nutzer bewirken.

14.4. Nachhaltigkeit, Verkehrsvermeidung und Klimaverantwortung

Nachhaltigkeit ist das leitende Prinzip moderner Verkehrspolitik. Mobilität muss ökologische Belastungsgrenzen respektieren und zugleich wirtschaftlich tragfähig sowie sozial ausgewogen sein. Wir setzen auf Emissionsreduktion, effizienten Ressourceneinsatz und den Übergang zu erneuerbaren Antrieben.

Unser Ziel ist nicht allein effizientere Mobilität, sondern auch die intelligente Vermeidung unnötiger Verkehrsströme. Durch integrierte Raumplanung, Digitalisierung und kurze Wege wollen wir Verkehr reduzieren, bevor er entsteht.

Elektrifizierung, alternative Kraftstoffe dort, wo sie technisch sinnvoll sind, sowie intelligente Verkehrssteuerung sind zentrale Bausteine.

14.5. Mobilität als wirtschaftlicher Standortfaktor

Mobilität ist ein zentraler wirtschaftlicher Faktor. Effiziente Verkehrsstrukturen sichern Arbeitsplätze, fördern Innovation und stärken die

Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Leistungsfähige Logistik ketten und planbare Transportzeiten sind Grundvoraussetzungen für industrielle Wertschöpfung und Mittelstand.

Die Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems hängt dabei entscheidend von qualifizierten Fachkräften ab. Ausbildung, Weiterbildung und attraktive Arbeitsbedingungen sind integraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik.

14.6. Umsetzungskraft und Planungsbeschleunigung

Der Wandel zu einem nachhaltigen Verkehrssystem erfordert klare Prioritäten und konsequente Umsetzung. Ausbau und Modernisierung verlangen effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir setzen auf klare Zuständigkeiten, digitale Prozesse und beschleunigte Verfahren, ohne Umwelt- und Beteiligungsstandards abzusenken.Leistungsfähigkeit entsteht durch Umsetzung. Dazu gehören der Ausbau der Schieneninfrastruktur, die Stärkung intermodaler Schnittstellen,die Digitalisierung logistischer Prozesse sowie die Modernisierung von Güterterminals.

14.7. Sicherheit im Verkehrssystem und im öffentlichen Raum

Sichere Mobilität hat oberste Priorität. Verkehrssicherheit bedeutet Schutz von Menschenleben und Minimierung systemischer Risiken. Moderne Sicherungstechnik, intelligente Verkehrssteuerung sowie effizientes Unfall- und Störungsmanagement sind hierfür zentrale Instrumente. Öffentlicher Raum ist Lebensraum und muss sicher, barrierefrei und von hoher Aufenthaltsqualität gestaltet sein.

Neben technischer Zuverlässigkeit zählt auch das subjektive Sicherheitsempfinden. Gut gestaltete, barrierearme und ausreichend beleuchtete Verkehrsflächen erhöhen Aufenthaltsqualität und Vertrauen in öffentliche Mobilität. Städtebauliche Gestaltung und transparente Informationssysteme tragen dazu bei, Angsträume zu vermeiden.

14.8. Nutzerfreundlichkeit und digitale Zugänglichkeit

Mobilität soll einfach, transparent und zuverlässig nutzbar sein. Anwenderfreundliche Anwendungen, integrierte Ticketangebote sowie analoge Alternativen sind selbstverständlich.Verständliche Tarifsysteme und niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten reduzieren Konfliktpotenziale und stärken ein respektvolles Miteinander.

Digitalisierung dient der Verbesserung des Alltags und dem Abbau von Zugangshürden. Digitale Mobilitätssysteme müssen höchsten Standards beim Datenschutz, bei IT-Sicherheit und bei europäischer technologischer Souveränität entsprechen.

14.9. Innovation und Zukunftstechnologien

Wir gestalten die Mobilität von übermorgen technologieoffen und verantwortungsvoll. Innovation ist ein Instrument zur Steigerung von Effizienz, Umweltverträglichkeit und Systemrobustheit.

Dazu gehören alternative Antriebe, intelligente Steuerungssysteme, automatisierte Betriebsformen und multimodale Konzepte.

14.10. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabe

Wir sichern eine verlässliche öffentliche Mobilität im ländlichen Raum und bauen den öffentlichen Personennahverkehr in Städten gezielt aus. Verkehrspolitik ist eng mit Raumordnung und Siedlungsentwicklung verbunden. Neue Wohn- und Gewerbegebiete müssen frühzeitig an leistungsfähige Verkehrssysteme angebunden werden. Kurze Wege und integrierte Planung helfen, Infrastruktur effizient zu nutzen. Sichere, barrierefreie und attraktive Wege für den Fußverkehr sind dabei grundlegender Bestandteil einer lebenswerten und inklusiven Mobilitätsstruktur. Mobilität muss allen Menschen offenstehen. Inklusion und Teilhabe für mobilitätseingeschränkte Personen sind Grundprinzip moderner Verkehrspolitik.

Mobilität ist mehr als Fortbewegung. Sie ist Ausdruck von Freiheit, wirtschaftlicher Stärke und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Wir gestalten

ein Verkehrssystem, das verbindet, verlässlich wirkt und Verantwortung für kommende Generationen übernimmt. Unser Anspruch ist eine moderne Mobilitätspolitik, die Europa stärkt und Zukunft ermöglicht.

15 Umweltpolitik und Landwirtschaft

Die natürliche Lebensgrundlage muss durch Staat und Gesellschaft schon rein denklogisch erhalten und geschützt werden. Der Klimawandel ist auch für uns in Deutschland eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Selbst wenn wir die meisten Folgen nicht unmittelbar spüren, werden uns die Auswirkungen auf andere Länder und Staaten mittelbar in großem Umfang betreffen. Die Umweltpolitik muss ideologiefrei und wissenschaftlich fundiert formuliert werden. Insbesondere und vor allen anderen Maßnahmen sollten wir bereits eingegangene Klimaschutzverträge und beschlossene Klimaschutzziele erfüllen. Wir sehen uns in der Pflicht, die Umwelt zu schützen. Das bedeutet, dass wir uns für die Erhaltung der Biodiversität und eine Verhinderung des fortschreitenden menschengemachten Klimawandels einsetzen. Die Erhaltung der Biodiversität ist der wichtigste Faktor zur Sicherstellung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Während globale Probleme wie der Klimawandel auch nur auf globaler Ebene gelöst werden können, kann die Biodiversität auch auf regionaler Ebene geschützt werden. Es muss daher Ziel von Staat und Gesellschaft sein, einen erheblichen Teil der vom Menschen genutzten Flächen wieder ökologisch aufzuwerten. Jedes erhaltene und zusammenhängende Ökosystem stellt eine Hoffnung für eine langfristige Zukunft dar. Das Wort Nachhaltigkeit hat durch übermäßige Verwendung in der Alltagssprache an Schärfe verloren. Daher erklären wir, dass wir Nachhaltigkeit im Naturschutz ausdrücklich mit Ewignutzung gleichsetzen. In unserer Vision wird die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit als höchstes Ziel der Landwirtschaft definiert. Landwirtschaftliche Entscheidungen sollen vorrangig daran gemessen werden. Für das Ende der Bodenerosion soll die Landschaft durch kleinteilige ökologische Landnutzung geprägt und mit eingestreuten Biotopen durchsetzt sein. Die Natur ist Allgemeingut und darf nicht als reine Produktionsstätte gesehen werden. Ihr Erhalt dient dem Wohlbefinden kommender Generationen. Nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft

können Schlüsselaspekte des Umweltschutzes wie die Erhaltung der Biodiversität und die Begrenzung der Flächenversiegelung sinnvoll umgesetzt werden. Wir fordern die Einbindung aller Betroffenen in die Entscheidungsprozesse.

16 Ressourcen und Energiepolitik

Wir wollen eine konsequente und strukturierte Energiewende. Dazu muss der Bau von geeigneten Energiespeichern fokussiert werden und die Verzahnung von Stromnutzung, Wärme und Verkehr (Sektorkopplung) vorangetrieben werden. Die wirkliche Wende sehen wir jedoch in einer Erhöhung der Energieeffizienz. Unerlässlich ist die Förderung der Energieforschung. Wir begreifen die sogenannten regenerativen Energien als unabdingbar für die Energieversorgung der Zukunft und wollen diese daher auch weiterhin fördern. Unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden ist unausweichlich. Wir setzen uns daher für einen möglichst schnellen Aufbau einer umfassenden Versorgung des deutschen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien ein. Aufgrund der Fluktuation, die mit diesen Formen der Energiegewinnung verbunden ist, sollten zusätzlich auch weitere Versorgungsansätze erforscht und ausgebaut werden. Die Verteilung und Speicherung großer Energiemengen bleibt die Achillesferse der erneuerbaren Energien. Der Ausbau muss massiv vorangetrieben werden, um Fluktuationen effektiv ausgleichen zu können. Die Politik muss technologieoffen gestaltet werden, da neue Entwicklungen nicht vorausgesehen werden können. Der Ausbau von Anlagen für erneuerbare Energien soll sich für Privatpersonen weiter lohnen. Es bedarf weniger Bürokratie und gegebenenfalls zusätzlicher Förderung. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Dezentralisierung des Netzes und Stärkung der Unabhängigkeit der Bevölkerung. Unser Ziel ist es, den Umstieg auf erneuerbare Energien wieder zu einem Thema für die Allgemeinheit zu machen.

Ein energieeffizienteres Deutschland könnte den Neubaubedarf an Windrädern, Solaranlagen und ähnlichen Anlagen deutlich senken. Hinzu kommt, dass die Verbesserung der Energieeffizienz umso wirkungsvoller ist, je früher sie umgesetzt wird. Die PdF sieht hier die größte Stellschraube für das

Gelingen der Energiewende. Da sich die EU-Nationen über die Pariser Klimaverträge einig sind, sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, die Energieeffizienz der beteiligten Länder zu erhöhen. Deutschland hat damit kein Interesse, die CO2-Produktion in die Nachbarländer durch erhöhten Bezug von ausländischer fossiler Energie zu verlagern. Niemandem nützt eine sehr gute nationale Bilanz bei der CO2-Reduktion, wenn dies zu Lasten der Gesamtbilanz geschieht. Neben der Senkung des Energieverbrauchs wollen wir auch auf der Seite der Energieerzeugung mehr europäische Solidarität wagen und noch mehr Energie austauschen. Die CO2-bewussten Verbrauchenden können bisher den eigenen Ausstoß nur dann effektiv beeinflussen, wenn sie über technisches Wissen von Fachleuten verfügen. So erhält man beim Autokauf zwar realitätsnahe Verbrauchsangaben zu jedem Gramm CO2 pro gefahrenem Kilometer, jedoch gibt es keine Auskunft über die im Produktionsprozess anfallenden Emissionen. Besonders in den letzten Jahren fiel es der Bevölkerung immer mehr auf, dass der Lebenszyklus vieler Alltagsprodukte kürzer und kürzer wird. Der derzeitige permanente Konsum, auf den der Markt ausgerichtet ist, sollte wieder zu einem nachhaltigen System umgeformt werden, in welchem es den Menschen möglich ist, langlebige Produkte zu erwerben und diese auch besser zu erkennen. Durch weniger Ausfälle möchten wir die Zufriedenheit der Marktteilnehmenden erhöhen und gleichzeitig die Müllmenge, insbesondere Elektroschrott, verringern. Zudem nehmen wir uns dem Problem des Plastikmülls an, um unter anderem die Meere effektiver zu schützen.

17 Gesundheits- und Drogenpolitik

Die Gesundheit ist ein hohes Gut, weshalb wir eine flächendeckende medizinische Versorgung anstreben, die niemanden benachteiligt oder bevorzugt. Unsere Partei steht für eine Überarbeitung des aktuellen Krankenkassensystems in Deutschland. Unserer Ansicht nach fördert die aktuelle Teilung in private und gesetzliche Krankenkassen eine sogenannte „Zwei- Klassen-Medizin“, bei der sozial Schwächere benachteiligt werden können. Dies sollte in einem sozialen und fortschrittlichen Land wie Deutschland nie zur Realität werden. Die Verfügbarkeit von medizinischem

Personal ist besonders für in ihrer Mobilität eingeschränkte, chronisch kranke und alte Menschen ein zunehmend großes Problem. Auf dem Land gibt es immer weniger Praxen und die Wartezeiten steigen. Es müssen Anreize geschaffen werden, in Deutschland Arztpraxen zu eröffnen sowie spezielle Anreize, dies in Regionen mit wenig medizinischem Personal zu tun. Die Pflegekräfte in Deutschland verdienen ein höheres Gehalt. Das Ausnutzen der Menschen, die mit Liebe und Sorgfalt täglich andere gesundpflegen, darf nicht weitergehen. Durch die rasante Entwicklung in den letzten Jahrzehnten ist die Welt immer schneller geworden, und viele als „unwichtig“ eingestufte Dinge sind dabei auf der Strecke geblieben. Deshalb ist es uns sehr wichtig, die Sportangebote wieder stärker in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken und auf entsprechende Angebote aufmerksam zu machen. Uns ist dabei wichtig, Menschen mit positiven Anreizen zu den richtigen Handlungen zu bewegen. Sport ist für die Vitalität unserer Körper wesentlich und hält unsere gesamte Gesellschaft fit.

17.1 Drogenpolitik

Unsere Drogenpolitik soll eine ausgewogene Verbindung zwischen persönlicher Freiheit, allgemeiner Gesundheit und Sicherheit schaffen. Sie beruht auf folgenden Grundsätzen:

(I) Schutz der persönlichen Freiheit:

Der Drogenkonsum sollte nicht pauschal kriminalisiert oder stigmatisiert werden. Menschen haben das Recht, informierte Entscheidungen über ihren eigenen Körper zu treffen, solange sie ihre Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft berücksichtigen.

(II) Wissenschaftlich fundierte Regulierung:

Drogen werden auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse reguliert statt durch historische Gegebenheiten. Das Ziel ist, den Schwarzmarkt einzudämmen, die Qualität und Sicherheit der Produkte zu gewährleisten und den Zugang kontrolliert zu ermöglichen.

(III) Transparenz und Flexibilität:

Unsere Drogenpolitik soll sich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und regelmäßig überprüft und angepasst werden. Sie soll offen, interdisziplinär und unabhängig sein, ohne politisch missbraucht zu werden.

(IV) Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Faktoren:

Drogenpolitik muss auch die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigen, die den Drogenkonsum und -missbrauch beeinflussen. Dazu gehören Faktoren wie Armut, Bildung und psychische Gesundheit.

(V) Förderung von Prävention und Schadensminderung:

Unser Ziel ist es, die negativen Auswirkungen von Drogenkonsum für Einzelne und die Gesellschaft zu minimieren. Prävention, Aufklärung sowie der Zugang zu Behandlung und Unterstützung stehen im Mittelpunkt.

(VI) Internationale Zusammenarbeit:

Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen an, um bewährte Praktiken zu teilen und eine einheitliche globale Drogenpolitik zu fördern.

Diese Prinzipien bilden das Fundament für eine faire und wirksame Drogenpolitik, die sowohl die individuellen Rechte schützt als auch die Sicherheit und das Wohl der Gesellschaft stärkt.

18 Integrationspolitik

Eine effektive Integration und Inklusion ist grundlegend für eine offene und solidarische Gemeinschaft. Jeder Mensch, der aus Kriegs- und Krisengebieten flüchten muss, hat ein Recht auf Asyl. Die Verantwortung für die Integration kommt nicht nur dem einzelnen Asylsuchenden zu, vielmehr muss die Gesellschaft ihn aktiv dazu auffordern und dabei unterstützen. Gleichzeitig müssen abgelehnte Bewerbende unverzüglich zurückgeführt werden, wenn

ihr Heimatland wieder sicher ist. Jeder einzelne Asylantrag muss unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze konkret auf die tatsächlichen Gründe überprüft werden.

19 Geopolitik

Die PdF bekennt sich ausdrücklich zu den Vereinten Nationen als internationaler Organisation der Friedenssicherung und den Menschenrechten auf Ebene des Völkerrechts. Die Vereinten Nationen haben als internationale Organisation Mechanismen geschaffen, die insbesondere dazu führten, dass Staaten ihre Konflikte nicht mehr gewaltsam beilegen. Sie haben damit die Menschheit zumindest teilweise von der Geißel des Krieges befreit. Diese Leistung gilt es anzuerkennen und durch eine völkerrechtsfreundliche Politik zu schützen. Die Menschenrechte haben durch ihre globale Entwicklung das Recht, weltweit als Grundlage der Moral zu gelten. Sie bilden die Grundlage für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit auf der Welt und sind gleichsam den Grundrechten durch alle politischen Entscheidungen zu fördern und zu respektieren.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte Vorreiter des Friedens und des Fortschritts in der Welt sein. Durch weiteres Engagement in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen können wir immer besser und effektiver mit den anderen Staaten der Welt kooperieren und so die gemeinsame Entwicklung und gegenseitige Toleranz fördern. Nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich haben wir ein eigenes Interesse am Wohlergehen des Rests der Welt. Krieg ist ausdrücklich kein Mittel der Politik. Wir fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Streitkräfte, abgesehen von den Bereichen der Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes, weiterhin nur im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme einsetzt. Diese können der kollektiven Selbstverteidigung oder der Gewährleistung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens dienen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die Vereinten Nationen neben dem Weltfrieden auch die Einhaltung der Menschenrechte auf der Welt sicherstellen, Bürgerkriege und bewaffnete Konflikte beenden und Völker, die in Unterdrückung leben, befreien. Weiterhin fördert die Bundesrepublik Deutschland mit

umfangreicher Friedens- und Konfliktforschung den Frieden in der Welt. Schließlich sollte die Bundesrepublik Deutschland ihr Verhältnis zu einzelnen Staaten nicht allein von wirtschaftlichen Interessen abhängig machen. Zwar ist es sinnvoll und zweckmäßig, Staaten, die sich im Aufbau befinden, durch unser Knowhow und unsere Technik zur Seite zu stehen und auch nicht verwerflich, damit die eigene Wirtschaft zu stärken, jedoch muss das Ausmaß der Kooperation immer auch von der gemeinsamen Wertebasis abhängen. Auch sollten rechtsstaatliche Missstände stets betont und ihr Abbau durch wirtschaftliche Anreize gefördert werden.

20 Wirtschaft, Finanzen und Steuern

Die PdF stellt sich hinter das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, durch ehrliche Arbeit zu persönlichem Wohlstand zu kommen. Dieser persönliche Wohlstand muss sich in angemessenem Maße auch immer in der Gesellschaft widerspiegeln. Der Staat muss die Wirtschaft gleichzeitig fördern und regulieren. Fördern, um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und dem Staat so durch höhere Steuereinkünfte ein effektives Handeln zu ermöglichen. Regulieren, um sicherzustellen, dass die Interessen der Gemeinschaft nicht völlig durch das Streben nach persönlichem Wohlstand verdrängt werden. Stabile staatliche Finanzen sind der Grundstein staatlicher Handlungsfähigkeit. Wir müssen als Bundesrepublik Deutschland wieder hin zu einem Haushaltsüberschuss kommen und Staatsvermögen aufbauen, anstatt immer weiter Milliarden neue Schulden aufzubauen. Zukünftige Generationen sollen durch Überschuldung nicht überlastet werden. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass manche staatliche Ausgabenbereiche Investitionen sind. Bildung, Infrastruktur und Entwicklung fördern das Staatsvermögen in der Zukunft. Auch ist es Aufgabe des Staates, gesellschaftliche Entwicklungen in beispielsweise Umweltschutz, Kultur oder Landwirtschaft durch Subventionen zu fördern. Die PdF setzt sich außerdem für eine europäische Finanzpolitik ein. Der Großteil der deutschen Exporte findet innerhalb des europäischen Binnenmarktes statt. Daher haben wir ein eigenes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Partnerländer. Wir unterstützen Maßnahmen zu mehr Transparenz im

internationalen Finanzverkehr und sind bereit, eng mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um der internationalen Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben. Bürokratieabbau für Start-ups soll durch schnell verständliche Regularien sowie beratende und finanzielle Förderungen unterstützt werden. Studierende haben oft moderne und gute Ideen. Diese sollen mit Unterstützung der Hochschulen und Schulen in neu gegründeten Unternehmen umgesetzt werden. Die Schülerschaft, Studierende und Auszubildende sollen die Möglichkeit haben, Unterstützung bei Unternehmensgründungen zu erhalten.

21 Fortschritt durch Basisdemokratie

Das vorliegende Grundsatzprogramm dient als Ausgangslage für weitere Arbeiten des Parteiparlaments und der Ausschüsse der PdF. Auf dieser Grundlage werden in Zukunft diese Organe weitere Beschlüsse fassen, die den künftigen Kurs der Partei bestimmen. Damit wurde in den letzten Monaten der Grundstein für die basisdemokratische Arbeitsweise gelegt, und diese Grundsätze bilden ihren Ausgangspunkt. Die weitere Richtungsfindung liegt nun in der Verantwortung der basisdemokratischen Organe unserer Partei und der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

Fortschritt für Alle

PdF– Partei des Fortschritts

Verwaltungssitz

Reiherweg 18A

50829 Köln

Bankverbindung

Sparkasse KölnBonn

IBAN: DE51 3705 0198 1935 5395 34